

**Die Linke**

Kreisverband  
Niederbayern-Mitte



# Wahlprogramm Kommunalwahl 2026

## Vorwort

Bayern steckt in einer Krise, die in unseren Kommunen deutlich spürbar ist: Die Mieten schießen in die Höhe und gute Arbeitsplätze werden immer seltener. Viele Menschen leben in Unsicherheit, ob sie morgen noch ein Dach über dem Kopf oder einen Job haben, der zum Leben reicht. Doch steigende Mieten und sinkende Löhne sind kein Naturgesetz. Mit einer mutigen Kommunalpolitik kämpfen wir für bezahlbares Wohnen, für gute Arbeit mit fairen Löhnen und gegen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Wir wissen: Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort. Gemeinsam machen wir die bayerischen Kommunen solidarisch, nachhaltig und lebenswert!

Unsere Kommunen stehen vor vielfältigen Herausforderungen, denn vor Ort machen sich Militarisierung und Zeitenwende zuerst und ganz konkret bemerkbar: Die soziale Ungleichheit wächst, die Klimakrise erfordert dringendes Handeln, und die Grundversorgung gerät zunehmend unter Druck, weil die Regierungsparteien dafür benötigtes Geld in Aufrüstung und Kriegsertüchtigung stecken. Als bayerische Kommunalpolitiker:innen der Linken setzen wir uns dafür ein, dass soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung Hand in Hand gehen. Unsere kommunalpolitischen Eckpunkte sollen die Basis für die kommunalen Wahlprogramme bilden und klare Lösungen aufzeigen, die auf kommunaler Ebene umsetzbar sind. Gemeinsam gestalten wir eine Zukunft, die niemanden zurücklässt.

# Inhalt

Vorwort .....	1
Bezahlbares Wohnen.....	3
Gute Arbeit.....	4
Faire Vergabe statt Spezlwirtschaft.....	5
Soziale Kommune – Keine:r bleibt zurück .....	6
Innenstädte als soziale und wirtschaftliche Zentren erhalten .....	7
Umwelt: Sozialökologischer Umbau.....	7
Verkehr – sozial und ökologisch gestalten .....	8
Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für Profite .....	9
Alle Chancen für Kinder und Jugendliche .....	10
Gleichstellung – Gerechtigkeit ist keine Frage des Geschlechts .....	11
Flucht und Migration.....	13
Frieden beginnt vor Ort.....	14
Solidarischer Kampf gegen Rechts und Faschismus .....	15
Kultur und Bildung .....	15
Kommunale Demokratie.....	16
Inklusion.....	17
Appell.....	18

## Bezahlbares Wohnen

Die Mieten in vielen Kommunen Bayerns sind dramatisch gestiegen, bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Immer mehr Menschen sind gezwungen, einen Großteil ihres Einkommens für Wohnkosten aufzuwenden. Darum fordern wir:

- Einführung eines Mietpreisdeckels auf kommunaler Ebene.
- Stärkung und Ausbau kommunaler Wohnungsbaugesellschaften.
- Nutzung von Erhaltungssatzungen, um ein Vorkaufsrecht der Kommune sicherzustellen und sozialverträgliche Mieten zu ermöglichen.
- Keine Privatisierung von kommunalem Grund und Boden; stattdessen gezielte Vergabe an gemeinnützige Träger und Genossenschaften.
- Einführung eines kommunalen Bauprogramms für Familien.
- Verhinderung von Zweckentfremdung von Wohnraum, etwa durch Leerstand oder Ferienwohnungen, durch konsequente Satzungen.
- Umsetzung eines kommunalen Leerstandsmanagements zur Nutzung von unbewohnten Immobilien. Wo bereits Leerstandsmanager:innen bestehen, sollen die Aufgabengebiete auf Wohnnutzung erweitert werden.
- Förderung gemeinnütziger Bauprojekte besonders in hochpreisigen ländlichen Gemeinden, um bezahlbaren Wohnraum für Familien, Auszubildende, queere Jugendliche und ältere Menschen zu schaffen.

- Auf Landes- und Bundesebene: die Vergesellschaftung von privaten Wohnungsunternehmen.

## Gute Arbeit

Immer mehr Menschen in Niederbayern arbeiten unter prekären Bedingungen, während sichere und tarifgebundene Arbeitsplätze zur Ausnahme geworden sind. Kommunen haben die Möglichkeit, hier als Vorbild voranzugehen. Darum fordern wir:

- Strikte Einhaltung von Tarifverträgen bei allen kommunalen Aufträgen und in öffentlichen Betrieben, insbesondere durch Vergabe- und Tarifreuesatzungen.
- Förderung von Programmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit durch Qualifizierungsmaßnahmen und durch Einführung von „Case-Manager:innen“.
- Evaluierung der Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen der lokalen Jobcenter und bedarfs- und interessenorientierte Anpassung der Maßnahmen.
- Ausbau kommunaler Stellen für soziale und kulturelle Dienstleistungen.
- Unterstützung von Initiativen zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.
- Ausbau von Mobilitätskonzepten für Pendler:innen, um Arbeitsplätze im ländlichen Raum besser erreichbar zu machen.
- Aufbau von niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten und -konzepten für die zeitnahe Eingliederung ausländischer Mitarbeiter:innen in den Arbeitsmarkt.

- Schaffung von Angeboten und Unterstützung für den beruflichen Wiedereinstieg nach der Elternzeit in Teilzeit.
- Befristete Verträge nur für Krankheits- und Elternzeitvertretung; bei Ausschreibungen dürfen nur Unternehmen berücksichtigt werden, die maximal 20 % befristete Mitarbeitende beschäftigen.
- Stellenwechsel in den Kommunen durch gute Arbeitsbedingungen verringern.
- Förderung von betrieblichen Kindergärten und Anpassung der Betreuungszeiten an die beruflichen Erfordernisse.

## **Faire Vergabe statt Spezlwirtschaft**

In vielen bayerischen Städten und Gemeinden profitieren immer wieder dieselben Unternehmerfamilien und Konzerne von öffentlichen Aufträgen, während kleine und innovative Betriebe kaum eine Chance haben. Oftmals bleiben geförderte Immobilien ungenutzt, und die Kommunen zahlen für Fehlentscheidungen privater Investor:innen. Diese Art der Klientelpolitik geht zu Lasten der öffentlichen Haushalte und schadet der regionalen Wirtschaft. Darum fordern wir:

- Einführung eines transparenten Vergabeverfahrens, das öffentlich einsehbar ist und klare Kriterien für die Vergabe von Aufträgen festlegt.
- Verbot der Vergabe öffentlicher Mittel an Unternehmen, die nachweislich Immobilien langfristig leer stehen lassen oder kommunale Verpflichtungen nicht erfüllen.

- Vorrang für soziale, nachhaltige und lokale Unternehmen bei kommunalen Ausschreibungen; Vermeidung von Generalunternehmern.
- Transparente Angabe der Parteizugehörigkeit bei Vergaben.

## **Soziale Kommune – Keine:r bleibt zurück**

Die soziale Ungleichheit in unseren Kommunen wächst stetig. Immer mehr Menschen werden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Immer mehr Menschen in Niederbayern sind von Armut betroffen, insbesondere Alleinerziehende, Rentner:innen, Kinder und Jugendliche – ein Armutszeugnis für das reichste Bundesland, und wir wollen auf kommunaler Ebene dagegen angehen. Darum fordern wir:

- Einführung und Erweiterung eines Sozialpasses für vergünstigte Angebote in Nahverkehr, Sport und Kultur.
- Auf- und Ausbau von Mehrgenerationenhäusern als Orte des Austauschs und der gegenseitigen Unterstützung.
- Aufbau von Nachbarschaftszentren in ländlichen Gemeinden, um soziale Teilhabe und Beratung vor Ort zu gewährleisten.
- Ausbau der Bekämpfung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit.
- Einrichtung kommunaler Case-Manager:innen zur Unterstützung bei Sozialleistungsanträgen.
- Förderung niedrigschwelliger, aufsuchender Beratungsstellen, die flächendeckend verfügbar sind.

- Sicherstellung, dass keine Person aufgrund von Armut oder Migration von kommunalen Leistungen ausgeschlossen wird.

## **Innenstädte als soziale und wirtschaftliche Zentren erhalten**

Unsere Innenstädte sind nicht nur Orte des Konsums, sondern auch des sozialen Miteinanders und der kulturellen Vielfalt. Doch steigende Gewerbemieten, wirtschaftlicher Druck und die Verdrängung kleiner Betriebe führen dazu, dass immer mehr Läden, Cafés und soziale Treffpunkte schließen müssen. Darum fordern wir:

- Einführung eines kommunalen Gewerbemietendeckels, um kleine Unternehmen, lokale Betriebe und soziale Initiativen vor Verdrängung zu schützen.
- Förderung kommunaler Gewerbehöfe, in denen kleine Unternehmen und soziale Projekte zu fairen Mieten angesiedelt werden.
- Schaffung von Förderprogrammen für inhaber:innengeführte Geschäfte, Kultureinrichtungen und soziale Treffpunkte.
- Attraktive Innenstadtgestaltung zur Verhinderung von Leerstand.
- Umwandlung leerstehender Gewerbeflächen in öffentliche Räume, kulturelle Einrichtungen und bezahlbare Wohnungen.

## **Umwelt: Sozialökologischer Umbau**

Die Klimakrise macht auch vor Niederbayern nicht Halt. Es braucht ambitionierte, aber sozial gerechte Maßnahmen,

um unsere Städte und Gemeinden klimaneutral zu gestalten, denn auch hier zeigt sich: Gerade arme Menschen leiden schon jetzt, etwa aufgrund schlechterer Wohnverhältnisse, überproportional unter den Folgen der Klimaerwärmung. Darum fordern wir:

- Umsetzung einer klimaneutralen Verkehrspolitik durch Ausbau des ÖPNV und Förderung von Fahrradwegen.
- Einführung einer Nahverkehrsabgabe für große Unternehmen zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs.
- Förderung von kommunalen Energiegenossenschaften zur Erzeugung erneuerbarer Energien.
- Ausbau der Begrünung von Fassaden und Dächern sowie Ausbau von Stadtgrün.
- Einführung eines kommunalen Klimarates, der Bürger:innen aktiv in die Planung einbindet.
- Entsiegelung und Schwammstadtprinzip statt Straßenbau und Beton.
- Förderung von Nahwärmenetzen und erneuerbaren Energien speziell für ländliche Gebiete.
- Ausbau von Windkraftanlagen im Bayerischen Wald.
- Ausstattung der kommunalen Gebäude mit erneuerbaren Energien

## **Verkehr – sozial und ökologisch gestalten**

Mobilität ist ein Grundrecht, aber oft zu teuer und umweltschädlich. Es braucht eine Verkehrswende, die sozial und ökologisch gestaltet ist. Darum fordern wir:

- Einführung eines 9-Euro-Tickets auf kommunaler Ebene für den Stadt- und Landkreisverkehr und langfristig die Schaffung eines ticketfreien Nahverkehrs. Menschen mit niedrigem Einkommen sollen bereits jetzt den Nahverkehr ticketfrei nutzen können.
- Mehr Busverbindungen in ländliche Regionen
- Auf- und Ausbau eines Leihsystems für Lastenräder und Erweiterung von Carsharing-Projekten.
- Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen in Wohngebieten und rund um Schulen.
- Ausbau von Rufbussystemen und flexiblem Nahverkehr für eine bessere Anbindung in ländlichen Regionen.
- Die Entkriminalisierung des Fahrens ohne gültiges Ticket (Schwarzfahren).
- Ausbau von Fahrradwegen und autofreien Innenstädten.
- Ausbau von Nachtverkehrsangeboten.

## **Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für Profite**

Gesundheit darf keine Ware sein. Eine flächendeckende Versorgung ist eine Grundvoraussetzung für eine soziale Kommune. Darum fordern wir:

- Aufbau von kommunalen Gesundheitszentren mit umfassenden Angeboten.
- Förderung von Präventionsmaßnahmen, insbesondere in Schulen und Kitas.
- Sicherstellung, dass kommunale Kliniken und Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Hand bleiben.
- Einführung von Schulgesundheitsfachkräften.

- Einrichtung mobiler medizinischer Teams für ländliche Regionen.
- Förderung diskriminierungsfreier und niedrigschwelliger Gesundheitsangebote für queere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund.
- Ausbau der Prävention und Hilfsangebote bei psychischen Erkrankungen.
- Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen in allen kommunalen Kliniken.
- Freie Wahl von Fachärzt:innen unabhängig vom Wohnort.
- - Ausbau von Tagespflegeplätzen auf kommunaler Ebene.
- - Pflegestützpunkte in ganz Niederbayern.
- - „Pflegegewegweiser“ nach dem Vorbild von Deggendorf.
- - Ausbau palliativmedizinischer Angebote.
- - Einführung von „Notfalldiensten“ bei akuter Pflegebedürftigkeit.
- Unterstützung von pflegenden Angehörigen.
- Wohnungsangebote für Pflegekräfte
- Ausbau von Programmen für Nachbarschaftshilfe, auch zur Reduzierung von Einsamkeit.

## **Alle Chancen für Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Es ist unsere Aufgabe, ihnen die besten Voraussetzungen für ein erfülltes Leben zu bieten. Doch immer mehr Kinder und Jugendliche in Niederbayern sind von Armut und Ausgrenzung betroffen. Gute Zukunftsaussichten gibt es nur für die, deren Eltern ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Darum fordern wir:

- Ausbau und Verbesserung von Jugendzentren und Freizeitangeboten.
- Einführung eines kommunalen Förderprogramms für kulturelle Angebote.
- Sicherstellung von Schulsozialarbeit in allen Bildungseinrichtungen.
- Erhalt ländlicher Schulen.
- Kostenfreie Kinderbetreuung und Mahlzeiten in pädagogischen und schulischen Einrichtungen.
- Einrichtung von multiprofessionellen Teams in Schulen und Kitas zur Verbesserung von Inklusion.
- Einführung von „Bring-dein-Kind-mit-zur-Arbeit-Tage“ für kommunale Mitarbeitende sowie Webe- und Fördermaßnahmen für ortsansässige Betriebe zu diesem Thema.
- Ausbau der Ferienbetreuung für Berufstätige erziehungsberichtigte Personen
- Kostenlose und kostengünstige Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche.

## **Gleichstellung – Gerechtigkeit ist keine Frage des Geschlechts**

Die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Beeinträchtigungen oder Herkunft ist zentral für eine Kommune, in der alle gut leben können. Jedoch werden gerade in Bayern diese Gruppen stark benachteiligt bei der freien Gestaltung ihres Lebens. Darum fordern wir:

- Einrichtung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter in Vollzeit mit verbindlichem Einfluss auf Entscheidungen sowie angemessene finanzielle Ausstattung der Gleichstellungsstelle.

- Förderung von Programmen und Schutzeinrichtungen wie Frauenhäusern und Second-Stage-Projekten zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung gegenüber Frauen, trans, inter und nicht-binären Menschen.
- Sicherstellung, dass in kommunalen Betrieben, Verwaltungen und beauftragten Unternehmen gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit gezahlt wird.
- Ausbau flexibler Betreuungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Finanzielle und logistische Förderung von LGBTQIA+-Projekten.
- Unterstützung sozialer Träger und Initiativen für Gleichstellung.
- Förderung von lokalen Netzwerken für Frauen und LGBTQIA+-Personen im ländlichen Raum zur Unterstützung und Stärkung ihrer Rechte, wie z. B. „Queer in Niederbayern“.
- Diskriminierungsfreien Zugang zu staatlichen Leistungen, insbesondere für trans, inter und nicht-binäre Menschen, und Verwendung geschlechtersensibler Sprache.
- Flächendeckenden Zugang zu inklusiven, diskriminierungsfreien und kostenlosen Schwangerschaftsabbrüchen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, einschließlich des Ausbaus der medizinischen Versorgung und Beratungsangebote, die alle Optionen – auch ein Leben mit einem Kind mit Behinderung – umfassen, ohne staatliche Bevormundung oder selektive Anreize.
- Bekämpfung der Altersarmut – die vor allem Frauen betrifft – durch Beratungs- und Unterstützungsangebote.

- Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren zur Bekämpfung von Diskriminierung.
- Schaffung einer Vollzeitstelle für eine queerbeauftragte Person der Stadt, die als Ansprechperson bei queerfeindlicher Diskriminierung am Arbeitsplatz dient und im Rahmen von Bildungsveranstaltungen der Diskriminierung queerer Personen entgegenwirkt.

## Flucht und Migration

Flucht und Migration erfordern eine solidarische und menschenwürdige Kommunalpolitik. Bayern muss ein sicherer Hafen für alle Menschen werden, unabhängig von ihrer Herkunft. Diskriminierung, Arbeitsverbote und Abschiebungen sind jedoch gerade in Bayern gängige Praxis, obwohl wir als alternde Gesellschaft so dringend auf Einwanderung angewiesen sind. Darum fordern wir:

- Aufbau und Unterstützung von Bündnissen gegen Rassismus und für eine humane Geflüchtetenpolitik.
- Entwicklung spezifischer Integrationsprogramme für Geflüchtete in ländlichen Gemeinden, um die Teilhabe und Akzeptanz zu stärken.
- Förderung integrativer Bildungs- und Ausbildungsprogramme für Geflüchtete.
- Verweigerung kommunaler Unterstützung bei Abschiebungen und Stärkung der Bewegung „Seebrücke“; Beitritt der Kommunen zum Bündnis „Sicherer Hafen“.
- Ausnutzung sämtlicher Ermessensspielräume durch die Behörden im Sinne der Migrant:innen – für eine schnelle Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.
- Schnellere Erteilung von Arbeitserlaubnissen.

- Bereitstellung menschenwürdiger, dezentraler Unterbringung und spezialisierter Angebote für traumatisierte Geflüchtete.
- Bereitstellung von kostenloser Rechtsberatung bei Abschiebung.
- Einrichtung kostenloser Sprachmittler:innenkurse.
- Sozialarbeiter:innen in den Sammelunterkünften.
- Mehr interkulturelle Begegnungsangebote für Frauen und Familien.

## **Frieden beginnt vor Ort**

Kommunen tragen Verantwortung für den Kampf gegen Militarisierung und die Förderung friedenspolitischer Initiativen. Denn Frieden und Verständigung beginnen vor Ort und müssen dort erkämpft werden. Darum fordern wir:

- Einführung kommunaler Zivilklauseln zur Verhinderung von Rüstungsproduktion und -forschung.
- Unterstützung friedenspolitischer Organisationen und Initiativen durch Bereitstellung öffentlicher Räume und finanzielle Förderungen.
- Verhinderung von Werbung der Bundeswehr bei öffentlichen Veranstaltungen, in Schulen
- Sicherstellung der zivilen Nutzung kommunaler Infrastrukturen, insbesondere von Flughäfen.
- Initiierung und Förderung von Bildungsprogrammen zur Sensibilisierung für Kriegsursachen und zivile Konfliktlösungen.
- Pflege und Aufrechterhaltung kommunaler Partnerschaften zum Austausch und zur Völkerverständigung.

# **Solidarischer Kampf gegen Rechts und Faschismus**

Rechtsextremismus und faschistische Ideologien bedrohen Demokratie, soziale Gerechtigkeit und das friedliche Zusammenleben in unseren Gemeinden. Wir als Linke sagen klar, Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen und wir treten ihm auf allen Ebenen entgegen. Gemeinsam stärken wir eine demokratische, vielfältige und solidarische Kommune in der niemand ausgegrenzt oder bedroht wird. Darum fordern wir:

- Keine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien wie der AfD!
- Förderung von Aufklärung, Bildungsarbeit und Erinnerungskultur, um rechte Hetze und Ideologien nicht unwidersprochen zu lassen.
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, Beratungsstellen und Bündnisse gegen Rechts sowie Stärkung einer demokratischen, vielfältigen und solidarischen Stadtgesellschaft.
- Schutz jüdischen Lebens ist für uns Teil des breiten Kampfes gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Nationalismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit.
- Umbenennung von Straßen, die Nazis und Rechtsextremen gewidmet sind.

## **Kultur und Bildung**

Kultur bedeutet Vielfalt, Begegnung und Teilhabe für Jung und Alt. Als Linke stärken wir Angebote vor Ort und sorgen dafür, dass Kunst, Kultur und Bildung für alle zugänglich werden, unabhängig vom Geldbeutel. Darum fordern wir:

- Förderung eines freien und vielfältigen Kulturlebens durch finanzielle Unterstützung kommunaler Kulturinitiativen und -orte.
- Kostenfreie Angebote in öffentlichen Bibliotheken, Kultur- und Bildungseinrichtungen für alle Generationen.
- Kostenloser Museumseintritt für Jugendliche (U18) und Förderungen von Vergünstigungen für Konzerte, Theater und Kulturveranstaltungen.
- Zur Verfügungstellung von Räumen für Bands, Kunst- und Kulturgruppen.
- Die Übernahme der Schulbeförderungskosten für Schüler:innen ab der 11. Klasse durch die Kommunen.
- Kostenloses, gesundes und leckeres Mittagessen an Schulen.
- Moderne Schulen für gute Bildung.
- Hygienische Sanitäreinrichtungen an Schulen.
- Stärkung der Volkshochschulen.

## **Kommunale Demokratie**

Demokratische Mitwirkung endet nicht an der Wahlurne. Wir als die Linke machen Politik anders: für und mit den Menschen in der Kommune, als Mittel gegen Politikverdrossenheit. Wir wollen politische Beteiligung auch zwischen den Wahlen ermöglichen. Darum fordern wir:

- Einführung von Bürgerbudgets, bei denen die Bürger:innen direkt über Projekte mitentscheiden können.
- Bürger:innenversammlungen müssen öfter und in den verschiedenen Ortsteilen stattfinden.
- Bürgerentscheide bei wichtigen Projekten.

- Einführung von Bürger:innenbeiräten mit echten Mitbestimmungsmöglichkeiten.
- Livestreaming von Sitzungen der kommunalen Parlamente.
- Möglichkeiten zur Mitwirkung aller Bewohner:innen in den Kommunen schaffen, unabhängig vom Wahlrecht.
- Stärkere Beteiligung von Jugend- und Migrant:innenvertretungen an kommunalen Entscheidungsprozessen.

## Inklusion

- Barrierearme Gestaltung städtischer Veranstaltungen. Dazu gehören Materialien in einfacher Sprache, barrierefreie Zugänge sowie nach Möglichkeit Gebärdensprachdolmetscher:innen
- Gestaltung barrierearmer Innenstädte und ÖPNV
- Beteiligung von Behindertenbeiräten bei Planungsprozessen
- Verbesserung der räumlichen und personellen Ausstattung von Schulen zur Durchsetzung des Inklusionsauftrags

## Appell

Die Linke steht an der Seite der Menschen, die nach sozialer Gerechtigkeit und einer lebenswerten Zukunft streben. Wir sind bereit, den notwendigen Wandel mit Mut und Entschlossenheit voranzutreiben. Unsere Kommunen können Orte des sozialen Zusammenhalts und des ökologischen Fortschritts werden – wenn wir handeln. Mit einer starken Stimme in den Kommunalparlamenten kämpfen wir für ein Bayern, in dem die Bedürfnisse der Vielen über den Profit der Wenigen gestellt werden. Gemeinsam schaffen wir eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft in Stadt und Land, die niemanden zurücklässt.

### Impressum:

Rebecca Pummer, Die Linke Kreisverband Niederbayern-Mitte  
Am Platzl 10, 94315 Straubing  
[www.die-linke-niederbayern-mitte.de](http://www.die-linke-niederbayern-mitte.de)

**Sozial.  
Gerecht.  
Für Niederbayern.**

[www.die-linke-niederbayern-mitte.de](http://www.die-linke-niederbayern-mitte.de)

